

We'll Come United



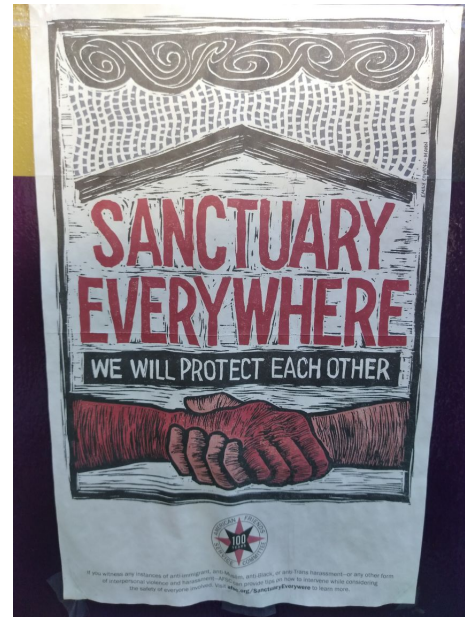
"Das Problem in ganz Europa heißt nicht Migration, das Problem heißt Rassismus" so **Newroz DUMAN**, Sprecherin des Netzwerks **We'll Come United**. "Allein in den letzten Wochen zieht sich ein roter Faden des Rassismus durch die Öffentlichkeit, der von der AfD über Christian LINDNER, vom medialen Spektakel zu Ellwangen bis zur Neuregelung des Familiennachzugs reicht. Wir werden uns an diesem rechten Diskurs nicht beteiligen. Wir lassen uns nicht in 'gute' und 'schlechte' Migrant*innen spalten. Wir stehen auf der Seite all jener, die der täglichen Hetze, dem Grenzregime & der Entrechtung ausgesetzt sind & sich dagegen wehren. Je mehr Abschiebungen verhindert werden, desto besser."

Auch im Jahr 2018 sterben Menschen im Mittelmeer, leben unter unmenschlichen Bedingungen in Camps & sind zunehmend mit rassistischer Gewalt konfrontiert. Dagegen & für eine Politik der Solidarität steht das Netzwerk **We'll Come United**.

200 Organisationen, Initiativen, Cafés & Clubs, Vereine, Kulturinstitutionen, selbstorganisierte Migrant*innengruppen, Willkommensinitiativen, Künstler*innenkollektive und NGOs.
Stoffwechsel e.V. | www.stoffwechsel-ev.de

„Solidarity City“ Gleiche Rechte für alle!

28.06.2018 19.30 Uhr



Internationales Begegnungszentrum (ibz)
Kaiserallee 12 d, 76133 Karlsruhe

Beispiel Freiburg:

Aus dem Manifest für eine Solidarische Stadt Freiburg:

Diejenigen, die hier nur geduldet sind, leben in einem Zustand dauerhafter Unsicherheit unter der Bedrohung durch Abschiebung & Ausschluss. Auch viele Menschen mit deutschem Pass oder gesicherten Aufenthaltstitel sind von Ausgrenzung betroffen, besitzen keine materiellen Ressourcen & müssen in unzureichenden Wohnverhältnissen leben.

Wir wollen dies ändern. §1 Absatz 2 der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung lautet: „Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner.“ Die Gemeindeordnung macht hierbei keinen Unterschied zwischen ihren Einwohner_innen. Nur der Wohnort & nicht der Pass spielen dabei eine Rolle.

<https://www.freiburger-forum.net/>

Beispiel Frankfurt:

Damit die Stadt für alle ist

Am 16.02. diskutierten bei medico international Dezernenten & Stadtforscher über integrative Wohnungspolitik: „Gegenwärtig ist die Stadt nicht für alle da, sondern für die, die sich die Stadt noch leisten können“, sagte etwa der Stadtforscher Sebastian Schipper. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund seien besonders stark von der verschärften Situation auf dem Wohnungsmarkt betroffen, sagte Integrations- & Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD). Sie führte das Integrationsmonitoring aus dem vergangenen Jahr an, wonach insgesamt 23% der Frankfurterinnen & Frankfurter unterhalb der Armutsgrenze von monatlich 1300 Euro lebten - & 49 Prozent der Frankfurter mit Migrationshintergrund.

Und Karlsruhe.....smart city und „Erlebnisraum“ in einer Kulturblyase?

Informations- & Diskussionsveranstaltung

Referentin:

Janika KUGE, Humangeografin Freiburg.

Sie forscht zum Konzept der Sanctuary oder Solidarity Cities, sogenannter Städte der Zuflucht, zu denen sich etwa die nordamerikanischen Metropolen Toronto, Seattle oder New York bereits vor Jahrzehnten erklärten & deren Grundgedanke es ist, dass jeder Mensch in einer Stadt, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, die gleichen Teilhabe- & Mitgestaltungsrechte besitzen sollte.

Anschließend Podiumsdiskussion u.a. mit:

Rex OSA, Flüchtlinge für Flüchtlinge, Stuttgart

Brigitte KIECHLE, Rechtsanwältin Karlsruhe

Werner KERSTING, Stoffwechsel e.V. Karlsruhe

Moderation: **Walter BRÄHLER**